



2011 – kein einfaches Jahr für Bayerns Polizei



Wenn wir dieses Jahr Revue passieren lassen, schauen wir sicherlich auf kein leichtes Jahr für Bayerns Polizei zurück. Trauriger Höhepunkt war der jüngste gewaltsame Tod unseres Augsburger Kollegen Matthias V. Dieses tragische Geschehen zeigt, welchen Gefahren Kolleginnen und Kollegen tagtäglich im Dienst ausgesetzt sind. Das brutale Vorgehen der Täter macht uns alle noch immer tief betroffen. Unser Mitgefühl gilt der hinterbliebenen Familie sowie unserer verletzten Kollegin.

Insgesamt wurden beispielsweise im Jahr 2010 laut Innenminister Joachim Herrmann fast 13 000 Kolleginnen und Kollegen während der Ausübung ihres Dienstes Opfer von Gewalt. 13 000 Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag ihren Dienst für das Wohl unserer Gemeinschaft leisten und dabei beleidigt, bespuckt, gestoßen, geschlagen oder getreten werden. Zweifellos eine traurige Bilanz. Nicht umsonst forderte die GdP hier seit langer Zeit die Einführung des § 115 StGB, der Gewalt gegen Polizeibeamte stärker bestraft. Auch muss der Dienstherr den Forderungen der GdP nach einer deutlichen Verbesserung des dienstlichen Rechtsschutzes endlich gerecht werden. Wir werden den Dienstherrn an seine Fürsorgepflicht für seine Beamten ständig erinnern.

Angesichts dieser oft traurigen Realität ist es umso schwerer verständlich, dass gerade einer der gefährlichsten Berufe von der allgemeinen Lohnentwicklung ausge-

nommen wird. Während unsere Kolleginnen und Kollegen des Tarifbereichs bei den diesjährigen Verhandlungen zu Recht eine Gehaltserhöhung erstreiten konnten, bleiben Bayerns Staatsbeamte außen vor. Mittlerweile liegt zwar ein Signal des Finanzministeriums vor, die Löhne in einem ersten Schritt um 1,9% anzuheben, doch das kann nicht genug sein (Näheres siehe Artikel „GdP im Gespräch“ auf Seite 2). Die GdP fordert für Bayerns Polizeibeamte mit Nachdruck eine deutliche Nachbesserung, zumal sich auch Bayerns Landtagsabgeordnete eine satte Diätenerhöhung von 3,5% gönnten. Polizeibeamte leisten einen schweren und gefährlichen Dienst. Eine anständige Bezahlung ist bei der Vielfältigkeit der Aufgaben das Mindeste, was man erwarten kann.

So wird beispielsweise das Urteil zur Sicherungsverwahrung sicherlich nicht spurlos an der Polizei vorbeigehen. Hier müssen teilweise höchstgefährliche Täter freigelassen werden. Wer wird wohl hier u. a. durch erhöhten Personaleinsatz der Garant für die Sicherheit der Bürger sein? Richtig, die Polizei. Betroffen wird aber auch die Justiz sein. Dazu kommt eine ausufernde Anzahl an Massenevents, bei denen unsere Kollegen immer mitten im Brennpunkt stehen müssen, sei es bei Demos auf der Straße oder in den Fußballstadien am Wochenende. Wir denken, dass es endlich an der Zeit ist, Bayerns Polizeibeamten einen ordentlichen Schwung an Motivation mitzugeben. Und die beste Motivation ist nun mal eine leistungsgerechte Bezahlung.

Wir fordern die bayerische Staatsregierung ebenso auf, ihre Widerstände bei den Beförderungen endlich aufzugeben und Mittel in die Hand zu nehmen, um mittlerweile frustrierten, weil ewig auf die nächste Beförderung wartenden Kollegen in allen Qualifikationsebenen den Aufstieg in die nächste Besoldungsgruppe zu ermöglichen.

Auch die Reform des Dienstrechts wurde gern dazu hergenommen, vielen Kollegen, aber auch uns als GdP, vermeintliche Verbesserungen zu versprechen. Doch geschehen ist nicht allzu viel. Die Einteilung in Qualifikationsebenen hat sich noch nicht wirklich bewährt. Es gibt nach wie vor zu viele Kollegen, für die sich seither nichts geändert hat. Ein Studium an der Fach-

hochschule muss sich für Kolleginnen und Kollegen auch wieder als erstrebenswert darstellen. Grundsätzlich muss sich Studium lohnen. Für alle Abgänger der Fachhochschule muss sichergestellt werden, dass das Erreichen der Einstufung in zumindest A 12 nicht nur möglich ist, sondern garantiert wird. Dies umso mehr, als damit qualifizierten Menschen ein lukrativer Anreiz gegeben wird, in Bayerns Polizei Verantwortung zu tragen. Die GdP wird sich hier massiv für eine Verbesserung einsetzen. Als neue Vorstandschaft der GdP Bayern haben wir das Jahr 2011 intensiv für Gespräche an allen Fronten genutzt. Man zeigte Verständnis für die Probleme der Polizei und signalisierte oft Zustimmung. Dadurch alleine ändert sich nicht viel.

Jetzt muss sich dieses Verständnis seitens der Politik endlich in Taten äußern, um auch konkrete Verbesserungen für unsere Kolleginnen und Kollegen zu erzielen. Mit puren Willensbekundungen werden wir uns nicht abspesen lassen.

Nun möchte ich aber die Gelegenheit an dieser Stelle nicht ungenutzt lassen und mich an dieser Stelle für all das Engagement meiner Kolleginnen und Kollegen in diesem Jahr recht herzlich bedanken. Je mehr Kollegen für unser aller Interessen gerade stehen und dafür eventuell auch einmal Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen, desto stärker können wir unsere Forderungen vertreten. Das Jahr 2012 birgt große Aufgaben und wir wollen gemeinsam alles dafür tun, dass die Leistung aller unserer Kollegen und Kolleginnen größere Anerkennung findet als bisher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Weihnachtsfest steht bevor und es wird Zeit, sich ein wenig die Bedeutung dieses Festes in Erinnerung zu rufen. Das Fest der Familie und der Freunde soll Anlass sein innezuhalten, in sich hineinzuhören und die Strapazen des vergangenen Jahres etwas ruhen zu lassen. Ich wünsche euch und euren Lieben ein ruhiges, friedvolles und besinnliches Weihnachtsfest.

Euer

Helmut Bahr, Landesvorsitzender



GdP im Gespräch – MD Hüllmantel beim Landesvorstand

Bei der letzten GLBV-Sitzung war Herr MD Hüllmantel, der für das Beamtenrecht zuständige Abteilungsleiter im StMF, zu Gast und stand Rede und Antwort zu aktuellen Themen. Natürlich war die offene Gehaltserhöhung ein leidenschaftlich diskutiertes Problem. Zwar zeichnet sich für Jahresbeginn 2012 eine Gehaltserhöhung ab, doch bis der komplette TV-L-Abschluss auf die Beamten übertragen wird, dauert es noch. Starten wolle man nach derzeitigem Plan mit den 1,9%, die aus dem TV-L für die Tarifbeschäftigten kommen und die restlichen 1,5% dann im Laufe des Jahres „draufsatteln“ inklusive des Sockelbetrages von 17 €. Die GdP wies darauf hin, dass ja nun schon die Nullrunde für 2011 gelaufen sei und die Teuerungsrate mit 2,6% recht hoch liegt – zumindest dies müsse im ersten Schritt ausgeglichen



V. l.: Carsten Lindemann, Jürgen Schneider, Peter Schall, MD Wilhelm Hüllmantel, LV Helmut Bahr, Herbert Kern

und dann natürlich zumindest der Tarifabschluss erreicht werden. Da helfen auch die allgemeinen Verweise auf die schlechte Haushaltslage nicht.

Ganz aktuell war auch die Diskussion über den Terminus „20 Jahre ähnlich belastende Dienste zu unregelmäßigen Zeiten“, die neben 20 Jahren Wechselschichtdienst zum abschlagsfreien Ruhestand mit 60 Jahren für Polizeibeamte nötig sind. Zwar sind schon recht viele Dienste erfasst, doch die Journdienste bei den KPI'en der Flächenpräsidien sind noch offen und auf jeden Fall muss der Passus „die mindestens ein Jahr ausgeübt wurden“ gestrichen werden. Nach Ansicht der GdP müssen alle Zeiträume monatsweise erfasst werden – hier sagte Hüllmantel eine wohlwollende Prüfung zu. Auch das Innenministerium habe nochmals in diesen beiden Punkten eine positive Entscheidung für die Betroffenen angemahnt. Der Wegfall der sog. Ausgleichszulage sei jedoch nicht mehr umkehrbar, hier gebe es seitens der Haushaltspolitiker überhaupt kein Entgegenkommen mehr.

Die derzeit lange Bearbeitungsdauer bei der Beihilfe, die zu unzumutbaren Wartezeiten führe, waren ebenfalls Thema. Man habe einfach den Aufwand für die Geltendmachung der Rabatte auf Medikamente erheblich unterschätzt, so Hüllmantel. Man sei zunächst davon ausgegangen, dass mit neuer Software und zwölf zusätzlichen Beschäftigten diese Aufgabe leistbar sei, müsse aber nach neuestem Stand wohl doch insgesamt 37 neue Beschäftigte einsetzen, die natürlich erst gewonnen und dann auch eingearbeitet wer-

den müssen. Deshalb seien die derzeitigen Wartezeiten wohl noch bis Frühjahr 2012 unumgänglich. Man versuche alles Mögliche einschließlich dienstlich angeordneter Mehrarbeit, um den Antragsstau abzuarbeiten. Rechnungen mit Beträgen von über 3000 € werden auch vorgezogen – hier solle man deutlich

den Hinweis auf dem Antrag anbringen.

Die Punkte Ballungsraumzulage (Erhöhung und Änderung der Gebietskulisse), weitere Stellenforderungen im Rahmen des nächsten Doppelhaushaltes und notwendige Aufstockungen im Sachhaushalt im Rahmen des Nachtragshaushalts 2012, insbesondere wegen der erheblich gestiegenen Energiepreise sowie der notwendigen Modernisierung (Dienstfahrzeuge, digitales VÜ-Gerät, IuK), rundeten das sehr offen geführte Gespräch ab. Man vereinbarte weitere Treffen, um in der Beamtenpolitik stets am Ball zu sein und Probleme soweit irgend möglich zu lösen – auch wenn die dafür notwendigen Finanzmittel nicht immer gleich zur Verfügung stehen können. (PSch)

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Januar 2012 ist am 5. Dezember 2011. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Bernd Fink
Germaniastr. 39
80805 München
Telefon (01 71) 5 56 40 95
E-Mail: berndfink.muenchen@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigentell:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X

Am 28. 10. 2011 wurde unser
Augsburger Kollege

Matthias Vieth

im Dienst getötet.



Die GdP Bayern wird unserem
geschätzten Kollegen ein ehrendes
Andenken bewahren.



Neugewählte GdP-Personalräte in Titting/Emsing beschult

Die GdP führte vom 10. bis 14. Oktober 2011 eine Woche lang die Grundbesuchung für neugewählte Personalräte (Landespolizei) durch. Landesbeauftragter für Schulung/Bildung, Peter Pytlik, BG Schwaben Süd/West, leitete das Seminar und wurde hierbei von Martin Lehner, stv. Landesvorsitzender, drei Tage lang bestens unterstützt. Gerhard Knorr, BG Oberpfalz, für Disziplinarrecht und Günther Kellermeier, BG Niederbayern, für Arbeitsschutz stellten sich zudem als kompetente Referenten zur Verfügung. Die „Neuen“, so Peter Pytlik, überzeugten nicht nur durch ihr herausragendes Engagement, sondern auch durch ihre individuellen Persönlichkeiten, so dass es mir um die Zukunft und die Qualität der GdP-Personalarbeitsarbeit nicht bange ist. „Die Wähler in den jeweiligen Präsidien haben bei der Personalratswahl durch die Wahl dieser neuen Personalräte alles richtig ge-

macht“, so die beiden Schulungsleiter. Landesvorsitzender Helmut Bahr beglückwünschte bei seinem Besuch die „Neugewählten“ zu ihren Mandaten und bedankte sich für ihr Engagement. Abschließend betonte er, „es ist nicht selbstverständlich, sich für andere einzusetzen“ und wünschte den neuen Personalräten ein glückliches Händchen in ihrer zukünftigen, verantwortungsvollen Tätigkeit.



1. Reihe unten li. nach re: Peter Pytlik, Franz(e) Hoiß, Gerhard Knorr, Martin Lehner, Elisabeth Hartmann; 2. Reihe li. nach re.: Gerwin Bernhard, Karin Peintinger, Willi Rebl, Ingrid Höglmeier, Adolf Lindner, Harald Kozuch; 3. Reihe li. nach re.: Thomas König, Martine Wirth, Andrea Bauer, Siegi Saatberger, Stefan Feicht

Impfschutz gegen Hepatitis A – als Arbeitsschutzmaßnahme leider nicht möglich

Immer wieder taucht beim Landesbezirk die Frage auf, ob nicht neben der als Arbeitsschutzmaßnahme durch die GdP erreichten Impfung gegen die Hepatitis B auch eine Schutzimpfung gegen den Typ A vom Dienstherrn übernommen wird – insbesondere vor dem Hintergrund, dass mit einer sog. „Twinrix-Impfung“ der Schutz sowohl gegen Hepatitis A als auch B aufgebaut werden kann.

Dies war Anlass für die GdP, beim Innenministerium einen entsprechenden Antrag zu stellen. Leider hat hier das Ministerium unsere Bitte um ein Angebot durch den Polizeiarztlichen Dienst nicht angenommen, wobei die Begründungen allerdings aus unserer Sicht durchaus nachvollziehbar sind. Zum einen fehlt es in Deutschland an der notwendigen Indikation, welche Voraussetzung für eine Empfehlung als Schutzimpfung durch die Ständige Impfkommission am Robert-Koch-Institut ist. Jährlich werden zwischen 100 und 200 Fälle in ganz Bayern, von denen nachweislich die Hälfte im

Ausland infiziert wurde, registriert. Die Infektion erfolgt über den Umgang mit Fäkalien bzw. damit kontaminierten Gegenständen. Für Polizeivollzugsbeamte sind entsprechende dienstliche Handlungen daher nicht vorstellbar, weshalb auch der Ausschuss für Arbeitsmedizin bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und -medizin hier keine Begründung für eine Impfung von Polizeibeamten/-innen liefern kann.

Zum anderen kostet die sog. „Twinrix-Impfung“ mit Schutz gegen die Varianten A und B der Hepatitis immer noch rund 40 € mehr als die Impfung gegen Typ B. Wollte man alle gegen Typ B geimpfte Kollegen/-innen bzw. die Neuzugänge zukünftig damit versorgen, fielen damit rund 1 Mio. € zusätzliche Kosten pro Jahr an. Selbst die Übernahme der Mehrkosten durch den Beamten ist aufgrund des organisatorischen Aufwands nicht möglich, zudem auch verschiedene Impfstoffe beim Polizeiarztlichen Dienst gelagert und vor allem auch die verschiedenen Fristen zur jeweiligen Auffri-

schung (nur Typ A oder B, beide Varianten) überwacht werden müssten, um stets einen aktuellen Impfschutz zu gewährleisten. Die Arbeitsschutzmaßnahme gegen Typ B kostet übrigens derzeit 63 € pro Beamten. Nachdem in Deutschland nahezu kein Ansteckungsrisiko besteht, wird die Impfung gegen Hepatitis A nach wie vor als sog. „Reiseimpfung“ gesehen und daher werden die Kosten weder als Arbeitsschutzmaßnahme noch durch die Beihilfe getragen. Sie sind der persönlichen Vorsorge zuzurechnen.

Die GdP empfiehlt daher, sich ggf. nur gegen Typ A vom Hausarzt impfen zu lassen, da infolge der dienstlich als Arbeitsschutz gewährten Impfung gegen Hepatitis B die Beihilfestelle auch die teurere sog. Twinrix-Impfung nicht anerkennt. Es wird leider auch nicht anteilig erstattet, so dass diese Kosten dann in voller Höhe aus dem privaten Geldbeutel zu zahlen sind und dies selbst dann, wenn dadurch die Impfung Typ B dem Dienstherrn erspart bleibt.

(PSch)



Burnout

Zustand der totalen Erschöpfung

Burnout ist eine Erkrankung, die sich schleichend entwickelt. Bei normaler Stressreaktion schützt die Hirnanhangsdrüse (Hypophyse) Botenstoffe aus, die über den Blutkreislauf die Nebennierenrinden erreichen. Hier wird das Stresshormon Kortisol produziert und versetzt ab diesem Zeitpunkt bereits den gesamten Körper in Alarmbereitschaft. Bleibt es nicht beim normalen Stress, wirkt der gesunde Körper einer weiteren Ausschüttung von Kortisol entgegen und beginnt sich wieder zu entspannen. Bei einem gestörten Regelkreislauf jedoch bleibt der Stresshormonspiegel dauerhaft hoch und birgt verheerende Gesundheitsrisiken in sich.

So kann die Insulinproduktion in der Bauchspeicheldrüse aus dem Gleichgewicht gebracht werden: Magenbeschwerden sind die Folge. Ebenso kann es bei Frauen zur Störung des Menstruationszyklus kommen; bei Männern kann es zur Impotenz führen. Kortisol dringt in die sensiblen Bereiche des Gehirns ein und blockiert die Synapsen, Nervenverbindungen, die dafür verantwortlich sind, dass unsere Gedanken blitzschnell übertragen werden. Die Folgen: Denkprozesse werden lahmgelegt und Geistesblitze erlöschen.

Infarkt der Seele

Ist Kortisol ein selbstzerstörerischer Stoff und was hat sich die Natur dabei gedacht? Richtig ist, dass Kortisol die Bildung von Serotonin, dem Glückshormon, stoppt. Aber eigentlich soll uns Kortisol in erster Linie vor Überlastung schützen. Die ersten Anzeichen der Erschöpfung wie Schlafstörungen, Tinnitus, unregelmäßiger Herzschlag, gesteigerte Arbeitsaktivität, verminderte Leistungsfähigkeit, Reiz- und Kränkbarkeit werden übergangen.

Die Erschöpfung schreitet voran und tut lange nicht weh. Das Verhalten ändert sich. Aggressive Ausbrüche, blinder Aktionismus, Rückzug von Freunden und Familie, Ohnmachtsanfälle, Konzentrations- und Gedächtnisprobleme können die Folgen sein. Wir, die sog. Zivilisationsmenschen, stressen uns und unterdrücken oftmals die Warnsignale unseres Körpers, obwohl sie eindeutig sind. Leistung und Lebensmut schwinden. Körper

und Geist steuern auf die völlige Erschöpfung zu.

Deutschland, das Volk der Erschöpften

„Ausgebranntsein“, d. h. rund vier Millionen Bundesbürger leiden unter behandlungsbedürftigen Depressionen. Die Fehlzeiten aufgrund psychischer Erkrankungen haben von 1998 bis 2009 um 76% zugenommen. Die Deutschen schlucken dementsprechend doppelt so viele Antidepressiva wie noch vor zehn Jahren. 2008 gaben die Krankenkassen allein für die Behandlung von Depressionen 5,2 Milliarden Euro aus. 38% der Frühverrentungen 2009 wurden aufgrund von seelischen Krankheiten bewilligt.

Burnout, der neue „Arbeitsunfall“?

Es sind immer weniger die Rückenschmerzen, Herzleiden oder Magenprobleme, die uns leiden lassen. Psychische Volksleiden sind auf dem Vormarsch und die Seelenpein hat viele Namen: Erschöpfungssyndrom, Anpassungsstörung, Depression und Burnout. Der erschöpfte Mensch ersetzt den gebrechlichen.

Aber dennoch gelten in der Arbeitswelt Burnout und Depression noch immer als Zeichen mangelnder Belastbarkeit. In unserer Gesellschaft, in der alles möglich scheint, steigen die Erwartungen und Ansprüche – allerdings gepaart mit Angst vor dem Scheitern und dem sozialen Abstieg. Nehmen depressive Erkrankungen zu, weil viele von uns es nicht schaffen, ihre Freiheiten und Wahlmöglichkeiten für ein glückliches Leben zu nutzen?

Wir scheuen keine Verantwortung, aber ist im Zweifelsfall die neueste E-Mail wirklich wichtiger als einfach einmal Abzuschalten? Heute entsteht Burnout vor allem aus dem Druck, die Erwartungen anderer erfüllen zu müssen, also aus Leistungs- und Konkurrenzdruck und der fehlenden Anerkennung für die geleistete Arbeit.

Nicht getadelt ist genug gelobt

Im Zeitalter der Globalisierung sind Schnelligkeit, Perfektion und permanente Einsatzbereitschaft und das bei maximaler Flexibilität zur gesellschaftlichen

Norm geworden. Gleichzeitig gehen uns Rückzugsräume verloren, in denen man sich erholen kann, wenn sich die Welt da draußen immer schneller dreht. Traditionelle Familienstrukturen

lösen sich auf. Frauen, aber zunehmend auch Männer stehen vor der Herausforderung, Familie und Karriere unter einen Hut zu bringen und allen gerecht zu werden. Soziale Netzwerke, die früher Halt gaben, lösen sich auf: Vereine und Kirchen verlieren stetig an Mitgliedern. Der moderne Beschäftigte ist mobil, er arbeitet heute hier, morgen dort, und vernetzen kann man sich nun ja auch virtuell, über Facebook und andere Freundsammelseiten.

Wir müssen nicht alle depressiv werden, nur weil wir mit Smartphones und Laptops rumlaufen. Aber wir sollten lernen, dass man die Dinger auch ausschalten kann. Und man sollte mit sich selbst einen Vertrag abschließen, in dem man sich folgende Regeln aufstellt: Achte ich genug auf mich selbst, meine Rhythmen, Bedürfnisse, Körpersignale? Handle ich im Moment verantwortlich und wertschätzend mir selbst und mir wichtigen anderen Menschen gegenüber? Wir müssen wieder lernen, dass der Zugang zur Welt nicht das Internet ist, sondern die Summe unserer fünf Sinne: sehen, hören, riechen, schmecken, tasten.

Betriebliches Gesundheitsmanagement – eine Win-win-Situation für Arbeitgeber und Beschäftigte

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement ist eine Strategie, die darauf ausgerichtet ist, gesundheitlichen Beeinträchtigungen am Arbeitsplatz vorzubeugen, Gesundheitspotenziale zu stärken und das Wohlbefinden am Arbeitsplatz zu verbessern. Es setzt bewusst auf die Festlegung von Gesundheitszielen. Denn wer fit ist, kann die Anforderungen des beruflichen Alltags besser meistern.

Es ist an der Zeit zu begreifen, dass Kraft aus der Entspannung und nicht der Anspannung wächst.



„Am Ende unserer Kraft“

Von Birgit Ligotzky

So lautete die Überschrift der Presse nach der Podiumsdiskussion der KG Rosenheim in Westerdorf St. Peter. Im Anschluss



V. l.: Werner Weiß – BG-Vorsitzender PP OBS; Nikolaus Hoening – Grüne; MdL Harald Schneider – SPD; Oliver Bendixen – Bayerischer Rundfunk; MdL Manfred Ländner – CSU; MdL Bernhard Pohl – FW; Wolfgang Ligotzky – KG-Vorsitzender Rosenheim

an die JHV hatte die KG alle Interessierten zur Podiumsdiskussion unter dem Motto „Personalmangel – Perspektiven und Lösungsansätze“ eingeladen. Mit 60 Pensionierungen in 2012 und gerade mal drei Nachersatz zum 1. 3. hat das PP OBS die Aufgabe, die eh schon mit dem Rücken zur Wand stehenden Dienststellen am Leben zu erhalten.

Unter der Moderation von Oliver Bendixen vom Bayerischen Rundfunk gestaltete sich die Podiumsdiskussion mit Vertretern von CSU, SPD, Freien Wählern (FW) und den Grünen (die FDP hatte leider keinen Vertreter geschickt) sehr lebhaft und kurzweilig. Angesichts der dramatischen Schilderungen aus dem zahlreich erschienenen Kollegenkreis zeigten sich die Abgeordneten betroffen und waren bemüht, Lösungsansätze zu finden.

MdL Harald Schneider (SPD) schlug als Notlösung vor, die Zeiten in der EH zu verkürzen. So kämen die jungen Kolleginnen und Kollegen schneller in die Dienststellen. Zugleich **warnte** er davor, die kleinen Dienststellen aufzulösen. Dies untermauerte der KG-Vorsitzende Wolfgang Ligotzky, indem er die geografischen Besonderheiten des PP OBS ausführte. Es mache doch keinen Sinn, dass eine Streife über zwei Std. Anfahrt hat, weil zunächst ein paar Berge zu erklimmen sind. Die kleineren Dienststellen sind daher **unverzichtbar**.

MdL Manfred Ländner zeigte sich eher unbeeindruckt und kam in Unkenntnis der Situation im PP OBS in die Diskussion. Mit den 1000 zusätzlichen Stellen und den 750 Stellen aus der Rückführung der 42-Std.-

Woche zur 40-Std.-Woche sei bereits ein klares Signal gesetzt worden. Wenn die Politik Mut hätte, würde sie die älteren Kollegen alle nach München stecken, dort würde ein warmes Büro und ein Tagdienstjob auf sie warten und die jungen Kollegen kämen raus zu den Flächendienststellen. Aber hier hat sich ja schon bei der Grenzauflösung in Niederbayern gezeigt, dass dieser Mut nicht vorhanden ist, so der ehemalige Polizist MdL Ländner.

Er berichtete von Zuständen in anderen Präsidien in anderen Regierungsbezirken und münzte dies auf Oberbayern Süd um. So behauptete er, dass die Polizei oft selbst Schuld am Personalmangel sei. Schließlich könne ein 35-Jähriger, der mit einer Idee zum Chef rennt, so einen Tagdienstposten erhaschen und habe schon das Jahr drauf zwei Mitarbeiter. Dann muss der Schichtdienst ja ausbluten, hierfür kann die Politik nicht verantwortlich gemacht werden. Es entbrannte sofort eine heftige Diskussion. Die Teilnehmer brachten klar ihre **Empörung** zum Ausdruck und forderten MdL Ländner auf, auch nur eine Dienststelle im PP OBS zu nennen, wo das möglich sei. Es brenne an allen Ecken und Enden und in vielen Dienststellen gäbe es nicht mal mehr eine Verfügungsgruppe, so Birgit Ligotzky über die Situation der PI Bad Aibling. So waren am Vortag **28 Einsätze** in der Früh- und Nachmittagschicht zu bewältigen und das mit nur einer Streife, weil die zweite bei einer Krankenhausbewachung gebunden war. Erst gg. 2.00 Uhr in der Nacht waren die Kolleginnen und Kollegen mit dem Erfassen der Einsätze fertig und hatten bis dahin noch nicht mal einen Blick in ihre oft über 30 Vorgänge geworfen, die auf Abarbeitung warteten. Durch die fehlende Verfügungsgruppe kommen **jede** Schicht für die meist nur vier Schichtbeamten bis zu **30 Erhebungen** von anderen Behörden/Dienststellen dazu. In einer Schicht sei bereits die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen erkrankt, zum Teil auf Dauer!

Bei den Kriminaldienststellen werden die Überstunden immer mehr und das Ur-

laubskonto immer dicker. Selbst ein AZA ist ungewiss, weil plötzlich eine Ermittlungsgruppe oder gar eine SOKO aufgestellt werden muss. Zudem gehen in wenigen Jahren 1/3 der Sachbearbeiter in Pension und gerade hier muss qualifizierter Nachersatz erst ausgebildet werden.

Auch die desolante Personalsituation bei den Verkehrs- und Fahndungsdienststellen wurde thematisiert. Wolfgang Ligotzky führte aus, dass die Stellenentwicklung in den vergangenen Jahrzehnten, trotz ständiger **Forderungen** der **GdP** auf **allen Ebenen**, nicht der Bevölkerungsentwicklung angepasst wurde. Die Sollstärkenberechnung aus dem Jahr 1994 wurde seitens der Politik nicht umgesetzt, weil ein präsidialübergreifender Stellenausgleich **politisch nicht gewollt** war. Dies hat zu der dramatischen Situation in unserem Präsidialbereich geführt.

Bereits **vor über 20 Jahren** wurde dieses Thema über den damaligen Landtagsabgeordneten Josef Ranner an die Verantwortlichen im Innenministerium und in der Politik transportiert. So betreute beispielsweise eine Inspektion 1978 noch 38 000 Einwohner und hatte hierfür eine Sollstärke von 52 Beamten. Inzwischen seien es 78 000 Einwohner, nur 54 Beamte im Soll, wovon lediglich 48 Beamte zur Verfügung stehen. Von nur **zwei** Streifen werden knapp 80 000 Einwohner betreut – Prävention oder Verkehrsüberwachung findet hier schon lange **nicht** mehr statt. In vielen kleineren Dienststellen sei die Zahl der schichtdienstfähigen Beamten auf unter 16 gerutscht – was zur Folge hat, dass nicht mal die Minimalbesetzung aufrechterhalten werden kann. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch das PP OBS, welches durch die Attraktivität der Region seit Jahrzehnten einen starken Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hat.

Die Landtagsabgeordneten fassten in ihrem Schlussstatement zusammen, dass sie dankbar sind über die **ungefilterten** Informationen direkt von der **Basis**. Auch MdL Ländner erklärte, Dienststellen im PP OBS besuchen zu wollen, um sich vor Ort einen Eindruck zu verschaffen.

Es bleibt zu hoffen, dass diese Veranstaltung dazu beigetragen hat, dass bei der Verteilung der 1000 Stellen sowie der 750 aus der Rückführung der Arbeitszeitverlängerung nicht wieder nach dem **„Gießkannenprinzip“** vorgegangen wird. Die **GdP** wird sich nach Kräften dafür einsetzen, dass die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte endlich ausgeglichen werden.



Mit gutem Beispiel voran



V. l. n. r.: Werner Blaha, Uschi Herkenrath, Georg Völkel, Dieter Bonk, Peter Späth, Joachim Pries, Erich Buchmann

Die GdP-Kreisgruppe Neu-Ulm hatte am 13. 10. 2011 ihre Mitglieder zur Jahresversammlung im Landgasthof „Zur Goldenen Traube“ in Witzighausen eingeladen. Am besten vertreten waren die Pensionisten, der Älteste mit 96 Jahren. Da bei uns die Gründungsmitglieder der Schwäbischen GdP zuhause sind, verwundert es nicht, dass immer wieder äußerst langjährige Mitgliederehrungen vorzunehmen sind.

Dieses Mal traf es unseren Völkel „Schorsch“, der selbst mal KG-Vorsitzen-

der war, mit einer Urkunde und einem Präsent für 55 Jahre GdP. Außerdem waren noch zu ehren Dieter Bonk (40), Uschi Herkenrath, Gisela Eckert, Peppi Schor

und Joachim Pries (30) sowie Michael Wecker, Peter Späth, Oliver Berger (20) und Markus Mozet, Andreas Manlig und Stephan Eibofner mit zehn Jahren GdP-Zugehörigkeit.

Der Vorsitzende Erich Buchmann und Kassierer Tobias Vrancken berichteten über die Aktivitäten im abgelaufenen Jahr und den Kassenstand. Ein besonderer Dank ging an die Vertrauensleute und den Vorstand für geleistete Arbeit im abgelaufenen Zeitraum, insbesondere der Bewältigung der Mitgliederbetreuung und im Vorfeld der Personalratswahlen, die für uns sehr gut ausgegangen sind.

Einen überaus gelungenen Abschluss der Jahresversammlung bildete der vom BG-Vorsitzenden Werner Blaha vorgetragene Überblick zur aktuellen, gewerkschaftlichen Situation, den Erfolg beim Tarifabschluss und der Personalpolitik, dem neuen Dienstrecht, der Beförderungssituation und der gewerkschaftlichen Zukunft mit anschließender Diskussion zu bestehenden Fragen.

NACHRUFE

Wir trauern um unsere Mitglieder

Peter Kasper, 57 Jahre,
KG BePo Nürnberg
Baptist Jurca, 100 Jahre,
KG Schwabach
Christoph Späth, 28 Jahre,
KG München-Mitte
Gerd-Jürgen Schütte, 75 Jahre,
KG München-West
Hans Stumpf, 65 Jahre,
KG München E/P/V
Josef Bodensteiner, 56 Jahre,
KG Weiden
Hans Schneider, 68 Jahre,
KG Neu-Ulm

*Wir werden ihnen ein ehrendes
Andenken bewahren.*

ODEON
LOUNGE

3. After Nikolaus
Blaulicht
Milien
Do 08.12. 2010 9th
SPECIAL GUESTS - SPLENDID CREW

Eintritt 5 €
pro Karte wird 1 € für einen guten Zweck gespendet
Kartenverkauf: r.kuett@web.de, Tel. 0171/5314044
VdSP: Ralph Küttenbaum, Sedanstraße 52, 97082 Würzburg
ODEON Lounge Augustinerstr. 18 | 97070 Würzburg | www.odeon-lounge.de



UNSER GESUNDHEITS-PARTNER HAD APOTHEKE DEUTSCHLAND



Vorteile für GdP-Mitglieder auf einen Blick

Die HAD Apotheke Deutschland bietet Euch die Vorteile einer Versand-Apotheke, sowie den Service und die Beratungssicherheit einer Vor-Ort-Apotheke.

- **Schnell** Die HAD Apotheke Deutschland liefert Euch die Bestellung in der Regel innerhalb von 48 Stunden.
- **Diskret** Die Lieferung der Waren erfolgt durch unsere ständig überwachten Logistikpartner, in einem neutralen Karton.
- **Günstig** GdP-Mitglieder und deren Angehörige erhalten bei rezeptfreien Produkten mindestens 20 %** gegenüber dem AVK* und sammeln bis zu 3 % Treuebonus in Form von attraktiven Prämien. Außerdem zahlen GdP-Mitglieder keine Versandkosten.
- **Kompetent** Ein Team aus Apothekern und Pharmazeutisch-Technischen-Assistenten steht Euch gerne unter der kostenfreien **Service-Nummer 0800 – 92 96 36-2** zur Verfügung.
- **Praktisch** Spart Euch Zeit, Wege und Kosten! Bestellt rund um die Uhr und macht Euch damit unabhängig von den Öffnungszeiten.
- **Qualifiziert** Um eine gleichmäßige Qualität bieten zu können, hat die HAD Apotheke Deutschland ein Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9001:2000 eingeführt.

Weitere Infos unter:

<http://GdP-Bayern.vitaware.de>



HAD Apotheke
Deutschland

* AVK: Apothekenverkaufspreis gemäß Lauer-Taxe; die Lauer-Taxe enthält Daten aller bei der Informationsstelle für Arzneispezialitäten (IFA) gemeldeten Fertigarzneimittel und apothekenüblichen Waren, die in Deutschland für den Handel zugelassen sind. Die zugrundeliegenden Preise werden bei nichtverschreibungspflichtigen Arzneimitteln auf Grundlage der Arzneimittelpreisverordnung dargestellt und geben den Abrechnungspreis bei Abgabe zu Lasten der GKV wieder. Bei anderen apothekenüblichen Waren bildet die Lauer-Taxe den empfohlenen Verkaufspreis des Herstellers ab, wenn dieser einen solchen angegeben hat.

** bezogen auf den AVK, auf alle nicht verschreibungspflichtigen Produkte.